DIE **RODGAU**PARTEI

PRESSESPRECHER

Ulrich Jung

Leipziger Ring 185
63110 Rodgau
Fon 06106 – 7 4227
Mobil: 01702444296
e-mail:
jung-rodgau@t-online.de

PRESSEINFORMATION

Bürgerbegehren soll Klarheit bringen

Kostenargument hat dramatisch an Gewicht gewonnen

Jetzt sollen die Bürger entscheiden, ob die Stadt Rodgau zukünftig tatsächlich zwei hauptamtliche Stadträte braucht. Um die Möglichkeit der unmittelbaren Demokratie zu eröffnen, unterstützt die CDU ein Bürgerbegehren nach Paragraph 8b der Hessischen Gemeinde-Ordnung (HGO). Das Bürgerbegehren richtet sich gegen den Stadtverordnetenbeschluss der Kooperation aus SPD, Grünen, FDP und FWG, durch eine Änderung der Hauptsatzung wieder eine zweite hauptamtliche Stadtratsstelle einzurichten; letztlich nur, um nach Ablauf seiner Amtszeit im Herbst dieses Jahres den Stadtrat Michael Schüßler (FDP) für weitere sechs Jahre zu installieren.

Innerhalb von sechs Wochen nach dem heute gefassten Beschluss müssen mindestens 10 Prozent der Wahlberechtigten in Rodgau (ca. 3200 Bürgerinnen und Bürger) dieses **Bürgerbegehren** unterstützen. Danach würde es, wenn die Stadtverordnetenversammlung ihren Beschluss nicht zurücknimmt, zu einem **Bürgerentscheid** kommen, für den 25 Prozent der Wahlberechtigten nötig sind.

Bereits im Jahre 2004 hatten sich in einem Bürgerbegehren mehr als 10 Prozent der Rodgauer Bürgerinnen und Bürger vornehmlich aus Kostengründen für die Abschaffung der zweiten Stelle ausgesprochen. Allerdings wurden aus formalen Gründen die Unterschriften nicht rechtzeitig beigebracht.

Nach Ansicht der Union hat das Kostenargument – 2004 lag das Haushaltsminus bei 4,4 Millionen Euro – inzwischen deutlich, ja dramatisch an Gewicht gewonnen. Denn für die Jahre 2009/2010 erwartet die Stadt ein Rekorddefizit von fast 30 Millionen Euro, was verantwortungsvollen Politikern schleunigst Reaktionen abverlangen sollte.

Zu den drei Vertrauensleuten des damaligen Bürgerbegehrens gehörten die Stadtverordneten Karlheinz Dauth (FWG) und Karin Wagner (Grüne), die sich heute für die zweite Stelle und die damit verbundenen Kosten ausgesprochen haben. „Diesen Verrat und Betrug an den eigenen Anhängern und Wählern wollen wir nicht kommentieren“, so der CDU-Vorsitzende Dr. Bernhard Knaf. Für die Union sei allein entscheidend, dass sich die finanzielle Situation von

DIE **RODGAU**PARTEI

PRESSESPRECHER

Ulrich Jung

Leipziger Ring 185
63110 Rodgau
Fon 06106 – 7 4227
Mobil: 01702444296
e-mail:
jung-rodgau@t-online.de

Rodgau noch einmal dramatisch verschlechtert hat. „Die Stelle war abgeschafft, wir hätten als CDU auch nicht mehr daran gerührt“, so Dr. Knaf weiter. „Wenn
aber einzig aus durchsichtigem politischem Kalkül willkürlich entschieden wird, sind wir nicht bereit, das hinzunehmen“.

Neben den beträchtlichen Kosten („mehrere 100 000 Euro im Jahr“, wie der SPD-Vorsitzende Gerd Bender 2004 vorrechnete) führen die Christdemokraten ein weiteres Argument an, das einen Bürgerentscheid notwendig macht: Die versprochene Streichung der Stelle nach der Wiederwahl Schüßlers soll der Bevölkerung nur Sand in die Augen streuen. Tatsächlich ist diese Entscheidung dann in die Hände der neuen Stadtverordnetenversammlung gelegt, die erst im März 2011 gewählt wird. Und was die Versprechen und Beteuerungen von SPD, FWG und Grünen wert sind, können die Wähler im Moment erleben.

Wenn das Bürgerbegehren im Ergebnis ein klares Signal für die Abschaffung der zweiten hauptamtlichen Stadtratsstelle brächte, wäre die derzeitige parlamentarische Mehrheit, die Kooperation aus SPD, FDP, FWG und Grünen nach Ansicht der Union gut beraten, ihre Haltung zu überdenken.

- 22. Februar 2010 -

PRESSEINFORMATION